

II— 3080 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den
Stubenting 1
Telephon 57 56 55

16. Dezember 1977

Zl. IV-50.004/71-1/77

1418 AB

B e a n t w o r t u n g
der Anfrage der Abgeordneten HEINZ
und Genossen an die Frau Bundesmi-
nister für Gesundheit und Umwelt-
schutz betreffend Senkung der Säug-
lingssterblichkeit (Nr. 1404/J-NR/1977)

1977 -12- 19

zu 1404/B

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich
folgende Fragen gerichtet:

- "1. Sind Sie bereit, durch die Fortsetzung der
bisherigen Maßnahmen die Voraussetzungen
für eine weitere Senkung der Säuglings-
sterblichkeit in Österreich zu schaffen?
2. Halten Sie in diesem Zusammenhang den Ausbau
der Untersuchung nach dem Mutter-Kind-Paß für
eine zielführende Maßnahme?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.:

Die Säuglingssterblichkeitsrate, die im Zeitpunkt
der Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit
und Umweltschutz 26,1 Promille (26,1 Todesfälle auf
1000 Lebendgeburten) betragen hatte, konnte auf 23,5
Promille im Jahre 1974, 20,5 Promille im Jahre 1975
bzw. auf 18,3 Promille im Jahre 1976 gesenkt werden.
Die vorliegenden Zahlen aus dem Jahre 1977 bestätigen,
daß dieser erfreuliche Trend weiter anhält.

- 2 -

Dieser Erfolg ist insbesondere auf den Mutter-Kind-Paß mit seiner regelmäßigen Betreuung von Mutter und Kind sowie auf den gleichzeitigen Ausbau geburtshilflicher Abteilungen und Neonatologiestationen, der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wesentlich gefördert wurde, zurückzuführen.

Allein in der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode (1975 und 1976) wurde vom no. Ressort ein Betrag von über 62,5 Millionen Schilling für Förderungen auf dem Gebiet der Perinatalogie und Neonatologie zur Verfügung gestellt.

Es ist daher ein besonderes Anliegen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, durch Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen diesen erfreulichen Trend einer ständigen Senkung der Säuglingssterblichkeit weiter auszubauen. Insbesondere wird das Ressort weiterhin durch Förderungsmaßnahmen dazu beitragen, daß die Ausstattung der österreichischen Krankenanstalten auf dem Gebiete der Perinatalogie und Neonatologie auch in Zukunft den modernen Ansprüchen angepaßt wird.

Zu 2.:

Das im Mutter-Kind-Paß festgelegte Untersuchungsprogramm hat sich bewährt. Schon bei der Schaffung des Mutter-Kind-Passes wurde darauf Bedacht genommen, daß ein Mindestuntersuchungsprogramm festgelegt ist, aber auch darüber hinausgehende, im Einzelfall notwendige zusätzliche Untersuchungen durchgeführt werden können und im Mutter-Kind-Paß auch ihren dokumentarischen Niederschlag finden.

Wesentlich für den Erfolg des Mutter-Kind-Passes ist die möglichst lückenlose Inanspruchnahme der darin vorgesehenen Untersuchungen.

- 3 -

Es ist daher ein besonderes Anliegen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, daß auch die im Untersuchungsprogramm des Mutter-Kind-Passes für das Kind nach dem ersten Lebensjahr vorgesehenen Untersuchungen möglichst vollständig durchgeführt werden. Nach einhelliger Meinung der Fachleute - dies wurde auch durch einen einstimmigen Beschluß des Bundesbeirates für Behinderte bekräftigt - ist die weitere ärztliche Kontrolle des Gesundheitszustandes, gerade nach dem ersten Lebensjahr, von außerordentlicher Bedeutung. Verschiedene Störungen, etwa Seh-, Hör- und Sprachstörungen, kann man erst nach dem ersten Lebensjahr feststellen. Eine frühzeitige Erkennung ermöglicht aber eine erfolgreiche Behandlung und vermeidet weitere Entwicklungsstörungen.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, daß ein "Ausbau" der Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß in der Richtung mit aller Kraft anzustreben ist, daß nicht nur die Untersuchungen während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr, sondern auch die weiteren - im Mutter-Kind-Paß bereits vorgesehenen - Untersuchungen des Kindes bis zum Schulalter auf breitester Basis durchgeführt werden.

Der mit der Vertretung des
Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz
betraute Bundesminister für soziale Verwaltung:

